

Seh ich weg von dem Fleck, ist die Ärztekammer weg?

Wenn Standesvertreter zu Wutbürgern werden – und Protest zur Camouflage von Machtpolitik verkommt: Anmerkungen zur aktuellen Kämmerer-Kampagne der Ärzteschaft gegen Elga und die Gesundheitsreform. Foto: Urban



Sigril Pilz

Wer dieser Tage als Patient eine Wiener Ordination aufsucht, sollte gesundheitspolitisch gut informiert sein und Loyalitätskonflikte aushalten können. Andernfalls wird er vom Arzt seines Vertrauens nämlich aktionistisch vereinnahmt. Die Ärztekammer mobilisiert seit Monaten gegen Elga („So nicht!“) und neuerdings auch gegen die Gesundheitsreform. Man sollte aber wissen: das Patienteninteresse wird vorgeschoben, tatsächlich geht es um Machtpolitik.

Mittels Plakatkampagne wird seit einigen Tagen neue Unruhe in

den Wartezimmern geschürt: „Mein Arzt ist weg / Unser Spital ist weg. Eingespart“ Stimmt das überhaupt? Präsident Wechselberger gab nämlich bereits zu, „dass die Kampagne ein Versuch ist, Antworten auf die Fragen der Zukunft des Gesundheitswesens zu bekommen“. Die Angst der Patienten vor Unterversorgung nimmt man da offenkundig als Nebenwirkung in Kauf.

Zugleich verschweigen die Ärzte, was sie wirklich bekämpfen wollen: Künftig soll es eine klare Versorgungsplanung zwischen den Ländern und der Sozialversicherung ohne Mitwirkung der Ärztekammer geben. Damit fürch-

tet die Kammer um ihre bisherige Machtposition in dieser Frage. Das Patienteninteresse, das jetzt proklamiert wird, war in der Stellenvergabepolitik der Ärztekammer aber bisher oft zweitrangig. Denn das Kammerveto kann auch dazu genützt werden, Land und Sozialversicherung an einer bedarfsorientierten Versorgung zu hindern. Wenn ein Bundesland etwa in einer abgelegenen Region eine Facharztstelle einrichten will, kann das Vorhaben an den Kammerfunktionären scheitern. Die Ärzte werden sich aber daran gewöhnen müssen, dass die Verteilung der Stellen am Bedarf und nicht an berufsständischen Interessen orientiert sein muss.

Die Angstmache, die morgen durch einen Ärzteprotestkonvent in Wien einen neuen Höhepunkt erleben wird, geht außerdem an den Realitäten unseres Gesundheitswesens vorbei. Es ist nämlich absurd, angesichts der Ärztedichte und der Spitalslastigkeit des österreichischen Gesundheitswesens vor einer Unterversorgung zu warnen. Im europäischen Vergleich liegen wir auf dem zweiten Platz bei Spitalsbetten und mit Abstand auf Platz eins bei Krankenhaushäufigkeit. Auch an niedergelassenen Ärzten fehlt es hierzulande nicht: Nur Griechenland hat mehr. Die Schweden leisten sich nur ca. ein Drittel unserer Spitals-Betten, leben aber im Vergleich zu uns um 10 Jahre länger bei guter Gesundheit.

Offensichtlich geht es also nicht um einen Mangel, den es abzuwenden gilt, sondern erstmalig ist es so, dass die Ärztekammer nicht mehr im „Teile und herrsche“-Prinzip zwischen Ländern, Bund und Sozialversicherung hineinspalten kann. Seit sich die drei Player verständigt haben, gemeinsam zu planen und zu steuern, statt einander die Kosten zuzuschieben, kann die integrierte Ver-



Kammer-Informationen vor dem Protest-Konvent am Mittwoch per Plakat und Internet: „Da großes Medienecho zu erwarten ist, ersuchen wir Sie, Ihren weißen Arztmantel zu tragen.“ (Homepage der AK NÖ).

Fotos: AP, APA/Ärztekammer; Montage: Beigelbeck

sorgung, die insbesondere chronisch Kranke brauchen, realisiert werden. Es ist daher unzulässig, die Patienten für den standespolitischen Machtkampf zu instrumentalisieren und ihre Abhängigkeit, ihr mögliches Wissensdefizit und ihre Loyalität in der Ordination auszunutzen. Stattdessen täte man gut daran, an den notwendigen Strukturanpassungen mitzuarbeiten, damit die Gesundheitskosten nicht aus dem Ruder laufen und die Versorgungsmängel endlich behoben werden.

Als Patientenanwältin frage ich daher die Ärzteschaft, was sie etwa dagegen unternimmt, dass die Sterblichkeit der Österreicher wegen Diabetes doppelt so hoch liegt wie im Durchschnitt der EU-15-Staaten. Ist es da hinzunehmen, dass nur 167 Wiener Ärzte motiviert sind, beim Programm: „Therapie Aktiv – Diabetes im Griff“ mitzumachen? Warum eigentlich müssen Gesundheitsleistungen für chronisch Kranke, Impfungen oder die Versorgung

kleiner Verletzungen ausschließlich von Ärzten erbracht werden? Die viel gesünderen Schweden setzen dazu erfolgreich spezialisierte Pflegekräfte ein. Oder: Warum verwendet die Ärztekammer ihr Kampagnenbudget nicht endlich dafür, das mangelnde Gesundheitswissen der Bevölkerung zu verbessern? Österreich liegt vor Bulgarien und Spanien auf dem drittletzten Platz. Das heißt, dass fast die Hälfte der Patienten nicht versteht, was der Arzt sagt und daher die Therapie nicht richtig befolgen kann. Wo bleibt hier der Aktionismus der Ärzteschaft im Interesse der Patienten?

Bei so viel Schweigen zu wichtigen Fragen und so viel Lärm für Standesinteressen verwundert nicht, dass Niederösterreichs Gesundheitslandesrat Wolfgang Sobotka (VP) laut darüber nachdenkt, ob die Ärztekammer nicht eigentlich aufgelöst werden sollte.

SIGRID PILZ ist seit Sommer d. J. Wiener Pflege- und Patientenanwältin.

PAUL LENDVAI

Qualitätsjournalismus in Gefahr



Die Existenz unabhängiger Zeitungen und Medien ist bekanntlich eine unbestrittene Vorbedingung der Demokratie.

Die Pleite von bedeutenden Zeitungen und die Schrumpfung der Vielfalt der Medien wecken oft mehr Angst und finden stärkere Beachtung als der Zusammenbruch von Unternehmen und Investoren. Deshalb werden die jüngsten Hiobsbotschaften aus Frankfurt, London und Madrid zu Recht als eine Bedrohung der Pressefreiheit betrachtet. Die angekündigte Einstellung der traditionsreichen linken Tageszeitung, der *Frankfurter Rundschau* war sogar bei dem alten und mächtigen Rivalen, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Anlass für einen traurigen Nachruf gewesen. Die *Rundschau* hatte zwar immer eine treue, wenn auch immer kleiner werdende Leserschaft; doch dürften wohl die Zwistigkeiten innerhalb der Verlegerfamilie Du Mont das Nein zur erforderlichen, freilich kostspieligen Modernisierung und Sanierung auch mitgeprägt haben.

Was das langsame Sterben oder der plötzliche Tod von Tageszeitungen für die Mitarbeiter bedeutet, habe ich selbst in den späten Siebzigerjahren als Osteuropakorrespondent mit Sitz in Wien in beiden Varianten bei den angesehenen Schweizer Zeitungen *Die Tat* und *Basler Nachrichten* hautnah erlebt.

Bei meinem anderen langjährigen Arbeitgeber, dem Londoner Wirtschaftsblatt *Financial Times*, war ich wiederum während zwei Jahrzehnten Zeuge des Aufstiegs zu einem Weltblatt und der Erfolge der Investitionen in Qualitätsjournalismus. Die Gründung einer europäischen und später einer USA-Ausgabe

haben den internationalen Ruf der rosaroten Zeitung gefestigt. Im Jahr 2000 entstand dann eine eigenständige deutschsprachige Ausgabe, die *Financial Times Deutschland*. Inzwischen, unter der Obhut des Hamburger Verlags Gruner + Jahr (Mehrheitseigner ist der Bertelsmann-Konzern) droht nun dem chronisch verlustbringenden Blatt (mehr als zehn Millionen Euro Jahresdefizit) auch die Einstellung. Das erwartete Aus für die Printausgabe würde einen Rückschlag auch für das Ansehen des Londoner Mutterblattes und vor allem eine Verarmung der deutschen Wirtschaftspresse bedeuten.

Sinkende Erlöse und die Konkurrenz durch die neuen Medien gefährden auch die Zukunft des international renommierten Flaggschiffes der spanischen Medienwelt, *El País* in Madrid. Die angekündigte Entlassung eines Drittels der Redaktion führte zu einem offenen und dramatischen Konflikt zwischen den Journalisten und dem Chef des Mutterkonzerns, Juan Luis Cebrián. Man vermutet nicht ohne Grund einen Anschlag gegen den kritischen Journalismus im Interesse der Großaktionäre.

Unabhängig von den Formen und der Intensität der jeweiligen Konflikte um die Zukunft internationaler Traditionsblätter muss man an die Feststellung des dritten Präsidenten der USA und Schöpfers der Unabhängigkeitserklärung Thomas Jefferson (1743–1826) erinnern: „Wenn ich entscheiden könnte, ob wir eine Regierung ohne Zeitungen oder Zeitungen ohne eine Regierung haben sollten, dann würde ich keine Sekunde zögern, um die Zeitungen zu bevorzugen.“ Der Bildungsauftrag und die Kontrollfunktion der Qualitätszeitungen sind trotz der Konkurrenz im Netz auch heute unersetzlich für das Überleben unserer Demokratie.

Universitäre Habenichtse, stimmlos

Betriebsratswahlen als Indikator für die Rechtlosigkeit des akademischen Prekariats

Christian Fleck

Am 20./21. November finden an den Unis Betriebsratswahlen statt. Kaum jemand nimmt davon Notiz, und die, die wählen wollen, haben meist keine Wahl. – Zur Erläuterung:

Seit 2004, als die Universitäten mehr Autonomie erhielten, haben deren Betriebsräte mehr zu tun als die früheren Dienststellenausschüsse. Während formal die Kompetenzen unverändert blieben, nahmen die Einflussmöglichkeiten markant zu: Um den Kollektivvertrag zwischen den im Uni-Dachverband versammelten Rektoren als Arbeitgebern und der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes wurde jahrelang gerungen, bis er im Mai 2009 unterzeichnet wurde. Die dieswöchige Betriebsratswahl böte die erste Gelegenheit, diesen Vertrag und seine Folgen für die Unis durch ein Votum der Beschäftigten zu unterstützen oder kritischen Stimmen Gehör zu verschaffen. Zu letzterem wird es nicht kommen.

Tatsächlich werden an den meisten Unis zwei Betriebsräte gewählt – einer fürs allgemeine und einer fürs wissenschaftliche Personal. Zur Gruppe des wissenschaftlichen Personals zählen Professoren mit Beamtenstatus ebenso, wie jene Professoren, die nur noch Angestellte mit unbefrist-

teten Verträgen sind. Dazu gehört aber auch das akademische Prekariat (Lektoren, Mitarbeiter in drittmittelfinanzierten Projekten), für die der Kollektivvertrag nur eine höchst fragwürdige soziale Absicherung offeriert.

Eine nicht unbeträchtliche Zahl dieser universitären Habenichtse ist nicht einmal wahlberechtigt, weil sie gerade wieder einmal in eine Warteposition gezwungen wurden. Dazu kommt es, weil der Kollektivvertrag und das Universitätsgesetz Klagen wegen Kettenverträgen verhindern will. Bekanntlich haben Beschäftigte, die mehrfach hintereinander zeitlich befristete Arbeitsverträge beim selben Arbeitgeber eingehen, das Recht, auf Festanstellung zu klagen. Um das an den Universitäten zu verhindern, wurden in Betriebsvereinbarungen willkürlich Zwangspausen vereinbart, die dazu führen, dass junge Wissenschaftler/-innen drei Monate bis ein Jahr (!) pausieren müssen, ehe sie wieder beschäftigt werden dürfen. Die Betriebsräte begründeten ihre Zustimmung skurriler Weise mit Hinweisen auf wünschenswerte Daueranstellungen: Niemand sollte gezwungen sein, nur befristet arbeiten zu

dürfen. Doch die Rektoren erlauben keine unbefristeten Verträge, weil sie im Falle von dann unvermeidlichen Entlassungen nachteilige Publizität befürchten. Das Resultat ist eine zunehmende Zahl von Jüngeren, die statt zu forschen oder zu lehren, darauf warten müssen, wieder kurzfristig forschen oder lehren zu dürfen.

Die Betriebsratswahl hätte die Möglichkeit geboten, dass jene Prekären, die zufällig gerade beschäftigt sind, mit eigenen Listen kandidieren, um die Verhandlungsposition für Ihresgleichen zu verbessern. Dazu kam es, soweit ich das recherchieren konnte, nicht. Die vor vier Jahren gewählten Listen bereiteten die diesjährige Betriebsratswahl still und heimlich vor und die Prekären verfügen weder über genug Wissen noch ausreichend Zeit, um eine eigene Kandidatur zu planen.

Die Folge ist, dass an den meisten Unis Einheitslisten zu Wahl stehen, die Wahlbeteiligung folglich noch niedriger als bei den ÖH-Wahlen ausfallen wird und sich die skandalösen Zustände fortsetzen werden.

CHRISTIAN FLECK lehrt Soziologie an der Universität Graz.



Christian Fleck: skandalöse Zustände prolongiert.

Foto: Furgler